

Die lokalen Vorarbeiter

Das europäische Netzwerk Klima-Bündnis hat sich verpflichtet, das Weltklima zu schützen. Angela Hanisch geht diesen Weg schon seit mehr als einem Jahrzehnt mit und erklärt, wie ihr Ansatz von Klimaschutz aussieht.

Frau Hanisch, Sie sind jetzt seit knapp 20 Jahren für das Klima-Bündnis und die Grünen aktiv. Wie sehr erfüllen Sie diese Tätigkeiten noch?

Es ist immer noch wichtig für mich. Es ist schon spannend, wie exotisch das Klima-Bündnis damals gesehen wurde. Auch dass sich die Grünen für Klimaschutz und erneuerbare Energien eingesetzt haben, ist damals noch belächelt worden. Heute scheint der Weg, dass wir zu 100 Prozent erneuerbare Energien beziehen, zumindest erreichbar.

Was tun Sie privat als Klimaschützerin?

Sobald es möglich war, bin ich auf Ökostrom gewechselt. In anderen Bereich weniger, weil ich ohnehin nicht viel konsumiere. Wenn die Fahrtwege nicht zu kompliziert sind, nehme ich die öffentlichen Verkehrsmittel. Ich würde gerne Car-Sharing machen, aber in meinem Stadtteil gibt es nur drei Car-Sharing Autos. Ich wünsche mir aber, dass dieses Modell weiter fortschreitet.

Das Klima-Bündnis ist bei Klimakonferenzen aktiv und hat etwa für Paris acht Forderungen aufgestellt, die vor allem den lokalen Klimaschutz stärken sollen. Wie realistisch ist deren Umsetzung?

Natürlich werden keine Verträge in dieser Form abgeschlossen. In Paris wurde der lokale Klimaschutz aber immerhin anerkannt und gewürdigt. Die Generalsekretärin der Weltklimakonferenz hat ja auch schon gesagt, dass die Kommunen ganz wichtig sind. Ich will damit keine Staaten kritisieren, aber die Umsetzung von Beschlüssen kann natürlich nur auf der kommunalen Ebene stattfinden. Wir müssen hier in Frankfurt entscheiden, was wir bauen.

Sie haben sich vor der Klimakonferenz in Paris gewünscht, dass die eingereichten Einsparungspläne umgesetzt und erweitert werden und der Klimafonds für Entwicklungsländer aufgefüllt wird. Wie bewerten Sie nun die Ergebnisse?

Politisch steht das Paris-Abkommen für einen deutlichen Fortschritt im Klimaschutz. Allerdings wird sich erst in der Zukunft zeigen, ob und wie die einzelnen Staaten ihren Verpflichtungen nachkommen und wirksame Klimaschutzmaßnahmen tatsächlich umsetzen.

Wie ist denn die Idee für ein Kommunennetzwerk entstanden?

Da spielt eine andere wichtige Tätigkeit hinein. Wir kooperieren mit den indigenen Völkern in den Regenwäldern. Das war von Anfang an Teil unseres Programms. Die konkreten Partner waren schon immer indigene Völker aus dem Amazonasregenwald. Genauso setzen wir uns für den Schutz der Wälder ein, die ja zwei Funktionen erfüllen.

Zum einen sind sie ein CO₂-Speicher. Zum anderen ist das natürlich auch der Lebensraum der indigenen Völker.

Wie wird mit ihnen kommuniziert?

Meine spanischsprachigen Kollegen haben einen permanenten Austausch. Sie kommen immer zu unserer internationalen Jahreskonferenz. In der Regel ist da noch eine Rundreise in einzelne Gemeinden dabei, sodass sie nicht nur für drei Konferenztage nach Europa kommen. Wir haben auch immer einen Indigenen im Vorstand sitzen.

Ansonsten sind vor allem deutschsprachige Kommunen Mitglied. Woran liegt das?

Das hat historische Gründe. Wir sind mit Kommunen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Luxemburg entstanden. Wir haben unsere Publikationen von Anfang an auf Deutsch und Englisch veröffentlicht. Wir übersetzen vieles aber auch ins Spanische, wegen unseren Kooperationspartnern in Südamerika. Französisch haben wir bislang nicht geschafft, jede weitere Sprache ist viel Arbeit.

Werben Sie noch aktiv neue Mitglieder an?

Wir werben nicht mehr so stark aktiv. Wir sprechen natürlich noch Vertreter von Nicht-Mitgliedern auf Veranstaltungen an und informieren sie über das Klima-Bündnis. Das kann aber nicht der Hauptteil unserer Arbeit sein.

Die Mitglieder verpflichten sich freiwillig dazu, ihre CO₂-Emissionen kontinuierlich zu senken. Wie unterstützt sie das Bündnis dabei?

Zum einen erstellen wir Materialien, die Kommunen nutzen können. Beispielsweise habe ich an einem Projekt mitgearbeitet, wie man sinnvoll und kostengünstig ganze Wohnanlagen sanieren kann. Zum anderen haben wir auch Kampagnen. Zum Beispiel gibt es die Kindermeilen. Das ist eine internationale Kampagne, mit der wir Kinder in Schulen und Kindergärten darauf ansprechen, klimafreundlich in die Einrichtung zu kommen und sich nicht von Mama oder Papa mit dem Auto fahren zu lassen. Die sammeln dann die grünen Meilen, die auch jetzt in Paris der Generalsekretärin überreicht wurden. Dann gibt es mit dem Stadtradeln noch eine rein deutsche Kampagne. Dort werden Städte und Gemeinden dazu aufgefordert, dass die Bürger und Politiker für drei Wochen so viel Radfahren wie möglich. Gute Bsp.!

Und welche konkreten Instrumente gibt es?

Aktuell entwickeln wir den sogenannten Klimaschutzplaner, der die CO₂-Emissionen aller Einwohner einer Kommune erfassen soll. Das ist aber schwieriger, als man annimmt. Eine große Stadt hat zum Beispiel viele Fachleute und damit mehr Möglichkeiten, Zahlen zu ermitteln. Kleine Kommunen haben einfach nicht diese Kapazität. Diese Kommunen müssen dann mit nationalen Durchschnittswerten arbeiten.

Das heißt, Sie können bei kleineren Kommunen schlechter kontrollieren, ob sie die Ziele einhalten?

Das können die Gemeinden schon kontrollieren. Wenn eine Gemeinde nur zwei, drei eigene Gebäude hat, kann man ja ganz klar ablesen, ob man beim Energieverbrauch etwas eingespart hat. Wir als europäische Geschäftsstelle des Vereins sind aber nicht diejenigen, die eine Kontrolle machen. Wir empfehlen, dass das alle zwei bis drei Jahre gemacht wird. Das machen einige sehr regelmäßig und konsequent. Sicherlich machen es auch einige Mitglieder nicht. Das ist bedauerlich, aber wir können sie nicht dazu zwingen.

Gibt es also auch keine Sanktionen, falls ein Mitglied die Ziele verpasst?

Nein, da gibt es keine Sanktionen. Wir bieten eine Beratung mit Materialien und einem hohen mündlichen Austausch an. Zu bestimmten Themen, die unsere Mitglieder interessieren, bieten wir auch Arbeitskreise an. Auf den Konferenzen können die Städte auch etwas vorstellen, sowohl gute als auch schlechte Projekte.

Ist es nicht fragwürdig, nur auf freiwilliger Basis zu arbeiten?

Ich glaube nicht, dass es für den Verein anders möglich ist. Kommunen verwalten sich selbst und es ist ihre Entscheidung, was sie machen und was nicht. Wir sind ein Zusammenschluss von Kommunen, wir haben da keine Sanktionsmöglichkeit. Ich glaube auch nicht, dass es der richtige Weg ist. Außerdem sind die Kommunen schon sehr bemüht, weil sie dadurch sparen können.

Was ist für Sie ein Beispiel für ein gelungenes Projekt?

Vorbilder sind meistens die großen Städte, weil sie mehr umsetzen können. Was wir immer als Erfolg verbreiten, sind Passiv-, Niedrigenergie- oder Plusenergiehäuser. Was wir auch sehr positiv sehen, ist dezentrale Energieerzeugung. Außerdem auch noch Nah- und Fernwärmenetze.

Das Klima-Bündnis wurde in Frankfurt gegründet und hat dort seine Zentrale. Was hat man schon vor Ort erreicht?

Wir machen als Klima-Bündnis keine spezielle Arbeit in Frankfurt. Wir sehen uns nicht als Organisation, die vorwiegend hier etwas tut. Was wir aber machen, sind Auftragsarbeiten. Wir haben zum Beispiel für Worms einen Klimaschutz- und anpassungsplan erstellt. Das ist machbar, weil Worms nicht so weit weg ist. Für eine Stadt in Rumänien wäre das beispielsweise nicht möglich.

Müssten die Mitglieder für das Klima-Bündnis nicht noch stärker werben? Viele Bürger dürften gar nicht wissen, dass ihre Kommune ein Mitglied ist.

Das ist leider so. Wir hadern da manchmal mit und freuen uns schon, wenn wir überhaupt genannt werden. Gerade beim Stadtradeln gibt vielleicht nur die Hälfte der Kommunen in der Presse bekannt, dass es eine Aktion vom Klima-Bündnis ist. Da

bekommen wir schon manchmal Bauchschmerzen, aber mehr als unsere Mitglieder darauf hinweisen, geht nicht.

Ist es nicht vielleicht sogar eine Utopie, in einem Industriestaat wie Deutschland diese Ziele zu verfolgen?

Gerade ein Industrieland wie Deutschland sollte es aber umsetzen. Ich glaube nicht, dass es hier schwerer ist. Wir haben die finanziellen Mittel, hier etwas umzusetzen, wobei die Energiewende per se nicht teurer ist. Die Kosten sind am Anfang sicher geringfügig höher, aber die kommen am Ende wieder rein. Es sind keine Kosten, die langfristig bestehen. Es soll sich auch niemand einschränken müssen. Wenn ich Passivhäuser fordere, sollen die Menschen ja nicht frieren, sondern es trotzdem warm haben, obwohl sie weniger Energie verbrauchen.

Das Interview führte Oliver Kmetec